



- |     |   |             |
|-----|---|-------------|
| 1   | Eröffnung der Sitzung   |             |
| 2   | Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.11.2023 |             |
| 3   | Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung  |             |
| 6.1 | 7. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Kramnitz<br><i>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung</i>  | 23/SVV/1108 |
| 3.1 | Transparenz bei der Vergabe von Kleingärten<br><i>Fraktion CDU</i>  | 23/SVV/0688 |
| 3.2 | Initiative zur Gründung eines psychosozialen Krisendienstes<br><i>Fraktionen SPD, Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i>  | 23/SVV/0966 |
| 3.3 | Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung erweitern<br><i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</i>  | 23/SVV/1125 |
| 4   | Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung   |             |
| 4.1 | Tragfähige IT-Konzepte entwickeln und umsetzen - Wiedervorlage -<br><i>Fraktion Freie Demokraten</i>  | 23/SVV/0039 |
| 4.2 | Konzept zur Aufstellung des Stabilisierungsprogrammes für die Haushaltsjahre 2025 ff.<br><i>Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters</i>  | 23/SVV/0866 |
| 4.3 | Inklusionsbeauftragte in städtischen Betrieben<br><i>Fraktion DIE aNDERE</i>  | 23/SVV/0940 |
| 4.4 | Aufwendungen der Landeshauptstadt Potsdam zum Vorteil der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten<br><i>Fraktion DIE aNDERE</i>  | 23/SVV/0950 |
| 4.5 | Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam auf den Europapreis<br><i>Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters</i>   | 23/SVV/1058 |
| 4.6 | Umschichtung städtischer Haushaltsmittel: Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek statt Medienpreis M100<br><i>Fraktion DIE aNDERE</i>  | 23/SVV/1083 |
| 4.7 | Erste Satzung zur Änderung der Übernachtungssteuersatzung der Landeshauptstadt Potsdam vom 29.07.2014<br><i>Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern</i>   | 23/SVV/1100 |



---

## 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.11.2023

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, folgende Tagesordnungspunkte (TOP) **zurückzustellen**:

- **TOP 3.2** – DS 23/SVV/0966, betr.: Initiative zur Gründung eines psychosozialen Krisendienstes, Fraktionen SPD, Sozail.DIE LINKE.Potsdam, **fehlt Votum GSWI**,
- **TOP 4.1** – DS 23/SVV/0039, betr.: Tragfähige IT-Konzepte entwickeln und umsetzen, Fraktion der Freien Demokraten, **fehlt Votum PTD**,
- **TOP 4.2** – DS 23/SVV/0866, betr.: Konzept zur Aufstellung des Stabilisierungsprogrammes für die Haushaltsjahre 2025 ff., Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters, **fehlt Votum FA**,
- **TOP 4.6** – DS 23/SVV/1083, betr.: Umschichtung städtischer Haushaltsmittel: Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek statt Medienpreis M100  
- Fraktion DIE aNDERE, **fehlt Votum FA**,
- **TOP 4.7** – DS 23/SVV/1100, betr.: Erste Satzung zur Änderung der Übernachtungssteuersatzung der Landeshauptstadt Potsdam vom 29.07.2014  
- Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern, **fehlen Voten FA und SBWL**,

sowie den Tagesordnungspunkt **4.3** – DS 23/SVV/0940, betr.: Inklusionsbeauftragte in städtischen Betrieben, Fraktion DIE aNDERE, **zurückzustellen**, bis die überarbeitete Stellungnahme der Verwaltung vorliegt.

Der Tagesordnungspunkt **6.1**, DS 23/SVV/1108, betr.: 7. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz, Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung soll **vor TOP 3.1** gezogen werden, da die Bereichsleiterin Stadtraum Nord, Frau Kunert im Anschluss auch im Ortsbeirat Fahrland, der um 19:00 Uhr beginnt, zu der Vorlage vortragen muss.

Unter dem Punkt „**Sonstiges**“ wird über die „Finanzierung ÖPNV 2024“ berichtet sowie auf Bitte der Fraktion DIE LINKE, Herr Dr. Scharfenberg informiert über:

1. Stand Weiterführung Ticketverkauf im Hauptbahnhof (siehe Beschluss der SVV vom September 2023)
2. Stand Erweiterung Jüdischer Friedhof
3. Parkmöglichkeiten für Stadtverordnete im neuen Quartier Edisonallee
4. Termin der Vorlage der gekürzten Fassung der Machbarkeitsstudie zum Klinikum.

Im Weiteren wird auf Bitte Fraktion CDU, Herr Finken, unter Sonstiges zu folgenden Themen informiert:

1.

welche Möglichkeiten und Grenzen seitens der Verwaltung gesehen und verfolgt werden, die vom Bund und Land ins Auge gefasste Zielsetzung, Abschiebungen zu forcieren, zu unterstützen

2.

Verwendung der überschüssigen Mittel in Höhe von 127 Millionen.

Im Weiteren stellt Herr Dr. Scharfenberg die Frage, wann der Bericht zum IT-Sicherheitsvorfall (Bezug zum TOP 9.1, DS 23/SVV/0867) den Hauptausschussmitgliedern vorgelegt wird. Herr Jetschmanegg, Dezernent Zentrale Verwaltung, kündigt den Bericht zu Ende Januar 2024 an.

Gegen die o.g. Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch; sie wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 82. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.11.2023 gibt es keine Hinweise; sie wird mit 12 Ja-Stimmen, bei zwei Stimmenthaltungen **bestätigt**.

---

### 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung

---

#### 6.1 7. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz

**23/SVV/1108**  
zur Kenntnis genommen

Frau Kunert, Bereichsleiterin Stadtraum Nord, erörtert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Mitteilungsvorlage. Nach Beantwortung von Nachfragen, u.a. zum Anteil von bezahlbarem Wohnraum und wann Wohnungen, die durch die Vonovia gebaut werden zur Verfügung stehen sowie zur sozialen und interkulturellen Infrastruktur, wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

Anlage 1 Präsentation 7. Statusbericht Krampnitz (öffentlich)

---

#### 3.1 Transparenz bei der Vergabe von Kleingärten

**23/SVV/0688**  
geändert beschlossen

Herr Finken bringt namens der Fraktion CDU den Antrag in einer neuen Fassung, die den Verfahrensvorschlag der Verwaltung enthält, ein. Nach einer kurzen Diskussion führt Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaft, zum Prüfaufwand der Verwaltung aus und dass es möglich sei, in 3-4 Monaten ein Ergebnis vorzulegen, welches auch nicht öffentlich beraten werden könne.

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Verfahrensvorschläge zu entwickeln, um bei der Vergabe von Kleingärten auf städtischen Flächen Transparenz sicherzustellen und zu prüfen, wie eine zentrale Liste mit Anmeldungen geführt werden kann.**

**Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis spätestens 2. Quartal 2024 zu unterrichten. Die Kleingartenkommission ist regelmäßig über laufende Vorgänge zu unterrichten.**

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen,  
bei einigen Stimmenthaltungen.

---

### 3.2 Initiative zur Gründung eines psychosozialen Krisendienstes

**23/SVV/0966**  
vertagt

**Zurückgestellt** – da das Votum des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion nicht vorliegt.

---

### 3.3 Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung erweitern

**23/SVV/1125**  
geändert beschlossen

Frau Hüneke bringt namens der Fraktion Bündnis90/Die Grünen den Antrag ein. Herr Jetschmanegg, Dezernent Zentrale Verwaltung, verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, in der u.a. dargelegt wird, dass eine Umsetzung aus zeitlichen Gründen nicht immer möglich sein und daher eine Anpassung des Beschlussvorschlages angeregt werde. Frau Hüneke erklärt namens ihrer Fraktion, dass sie den Änderungsvorschlag, der in der Stellungnahme der Verwaltung enthalten ist, übernimmt. Nach zwei weiteren Redebeiträgen wird der Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.

#### **Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Stellungnahmen der Verwaltung zu Gesetzgebungsverfahren des Landes, die die Verwaltung gegenüber dem Land bzw. dem Städte- und Gemeindebund abgibt, den jeweils thematisch zuständigen Ausschüssen, sofern zeitlich möglich, vorab zur Kenntnis zu geben. Dies betrifft auch Bürgerumfragen gemäß Umfragesatzung.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

---

## 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

---

### 4.1 Tragfähige IT-Konzepte entwickeln und umsetzen - Wiedervorlage -

**23/SVV/0039**  
vertagt

**Zurückgestellt** – da das Votum des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung nicht vorliegt.

---

### 4.2 Konzept zur Aufstellung des Stabilisierungsprogrammes für die Haushaltsjahre 2025 ff.

**23/SVV/0866**  
vertagt

**Zurückgestellt** – da das Votum des Ausschusses für Finanzen nicht vorliegt.

---

#### 4.3 Inklusionsbeauftragte in städtischen Betrieben

23/SVV/0940  
vertagt

**Zurückgestellt** – bis die überarbeitete Stellungnahme der Verwaltung vorliegt.

---

#### 4.4 Aufwendungen der Landeshauptstadt Potsdam zum Vorteil der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten

23/SVV/0950  
abgelehnt

Eingangs informiert der Oberbürgermeister über die Empfehlung des Ausschusses Finanzen, den Antrag abzulehnen.

Herr Sändig, Fraktion DIE aNDERE, bringt den Antrag erneut kurz ein und kritisiert die Stellungnahme der Verwaltung dazu. Herr Finken, CDU, erinnert an den Beschluss aus dem Jahr 2015 zu dieser Thematik sowie an die Mitteilungsvorlage aus 2017 und zudem an die noch ausstehende Beantwortung seiner Kleinen Anfrage zu diesem Thema. Der Oberbürgermeister verweist auf die elementare Aufgabe der Stadt und wenn die Diskussion so kleinteilig gewünscht werde, dann müsse über eine Tourismusabgabe geredet werden. Nach der sich anschließenden kontroversen Diskussion, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

##### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Verhandlungen mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) aufzunehmen. Ziel der Verhandlungen sind jährliche Ausgleichszahlungen der SPSG an die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) für unterschiedliche geldwerte Vorteile, welche die SPSG bisher noch kostenlos in Anspruch nehmen durfte in Höhe von mindestens 900.000 €.

Falls und solange die LHP künftig eine jährliche Zahlung an die Schlösserstiftung leistet, um einen angedrohten Parkeintritt abzuwenden, sollen die jährlichen Zahlungen miteinander verrechnet werden. Der sich zugunsten der LHP ergebende Überschuss soll für die Pflege städtischer Grünanlagen und Spielplätze eingesetzt werden.

Der Oberbürgermeister unterrichtet die Stadtverordnetenversammlung über das erzielte Verhandlungsergebnis im 1. Quartal 2024.

##### **Abstimmungsergebnis:**

mit 7 Nein-Stimmen **abgelehnt**,  
bei 5 Ja-Stimmen  
und 2 Stimmenthaltungen.

---

#### 4.5 Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam auf den Europapreis

23/SVV/1058  
ungeändert beschlossen

Die Beschlussvorlage wird von Frau Sommer, Sachbearbeiterin Städtepartnerschaften / internationale Beziehungen, anhand einer Powerpoint-Präsentation eingebracht. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Zöllner, Bündnis90/Die Grünen, zum Aufwand des Antragsverfahrens antwortet Frau Sommer, dass dieses komplett online verlaufe und damit vereinfacht wurde. Der Oberbürgermeister betont, dass die Bewerbung eine Chance biete, mit dieser Initiative die gemeinsamen Ideen zu bündeln, um den europäischen Gedanken voranzutreiben.

### **Beschlussempfehlung:**

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam bewirbt sich ab 2024 schrittweise auf den Europapreis des Europarates.

Ziel ist es, den europäischen Gedanken zu transportieren und zu fördern.

### **Abstimmungsergebnis:**

mit 12 Ja-Stimmen angenommen,  
bei 2 Stimmenthaltungen.

Anlage 1 Präsentation Europapreis (öffentlich)

- 
- |   |                               |
|---|-------------------------------|
| <b>4.6 Umschichtung städtischer Haushaltsmittel: Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek statt Medienpreis M100</b> | <b>23/SVV/1083</b><br>vertagt |
|---|-------------------------------|

**Zurückgestellt** – da das Votum des Ausschusses für Finanzen nicht vorliegt.

- 
- |  |                               |
|--|-------------------------------|
| <b>4.7 Erste Satzung zur Änderung der Übernachtungssteuersatzung der Landeshauptstadt Potsdam vom 29.07.2014</b> | <b>23/SVV/1100</b><br>vertagt |
|--|-------------------------------|

**Zurückgestellt** – da die Voten der Ausschüsse für Finanzen und für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nicht vorliegen.

- 
- |  |                                     |
|--|-------------------------------------|
| <b>4.8 Stellungnahmen der Verwaltung zu neuen Anträgen der Personal- und Haushaltssituation anpassen</b> | <b>23/SVV/1128</b><br>zurückgezogen |
|--|-------------------------------------|

Die Ausschüsse für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung und für Finanzen haben die Erledigung des Antrages festgestellt.

Herr Finken, Fraktion CDU, bringt den Antrag ein. Herr Bischoff, Leiter Büro Oberbürgermeister, erörtert, dass mit der Einführung der Stellungnahmen das Feld schon eingefügt wurde, allerdings bei der Vielzahl von neuen Anträgen, wie die 50 in der Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung, nur eine cursorische Prüfung möglich sei. Die Verwaltung werde künftig eine entsprechende Übersicht veröffentlichen, um die finanziellen Auswirkungen von Beschlüssen zu quantifizieren. Herr Finken sieht damit den Antrag als **erledigt** an.

---

## **5 Verständigung zur Einwohnerfragestunde**

Alle 4 vorliegenden Fragen werden in der Einwohnerfragestunde am 07.06.2023 durch die

Verwaltung, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, beantwortet.

---

## 6 Mitteilungen der Verwaltung

---

### 6.2 Sachstandsbericht zur Interkommunalen Zusammenarbeit bezüglich der Gründung eines Zweckverbandes zur gemeinsamen hochwertigen Bioabfallverwertung in einer Biovergärungsanlage am Standort Schwanebeck

Herr Dipl.-Ing. Erchinger, Geschäftsführer Technischer Umweltschutz der Firma GAVI, Gesellschaft für Beratung, Entwicklung und Management mbH & Co. KG, Berlin, informiert anhand einer Powerpoint-Präsentation über die Umsetzung einer hochwertigen Verwertung von Bioabfällen durch die Errichtung einer Vergärungsanlage am Standort Schwanebeck. Er führt insbesondere zu den Partnern der Kooperation und dem gemeinsamen Aufkommen an Bioabfällen, der Meldemenge der Stadt Potsdam, zum Stand der Genehmigungseinholung sowie der Fachplanung des Bauabschnitts I und zum Zeit- und Maßnahmenplan aus. Im Anschluss beantwortet er die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder zu den Organen des Zweckverbandes sowie zu den Verwertungskosten.

Anlage 1 Präsentation V 3 - Information Biovergärungsanlage Schwanebeck (öffentlich)

---

### 6.3 Information über den Bericht zum IT-Sicherheitsvorfall12/2022-03/2023

**Zurückgestellt**, bis der Bericht Ende Januar 2024 vorgelegt wird.

---

## 7 Sonstiges

---

### 7.1 Information zur Finanzierung ÖPNV 2024

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaft, führt anhand einer Präsentation zur 3. Änderungsvereinbarung zur Finanzierungsvereinbarung für das Jahr 2024 aus. Er verweist auf die Sachstandsmitteilung am 21.09.2023 im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität und darauf, dass eine Beschlussfassung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.12.2023 avisiert wird. Diese diene der Sicherstellung der Finanzierung des Verkehrsangebotes für 2024.

Anlage 1 Präsentation \_Finanzierung ÖPNV 2024 (öffentlich)

---

## **7.2 Stand Weiterführung Ticketverkauf im Hauptbahnhof**

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaft, informiert, dass seit dem 01.10.2023 aus finanziellen Gründen kein Ticketverkauf mehr für den Fernverkehr angeboten werden könne. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg antwortet der Oberbürgermeister, dass die Gespräche mit der Deutschen Bahn bisher erfolglos verliefen. Da die Deutsche Bahn sich nicht „bewege“, blieb nur eine Missfallensäußerung der Stadt. Natürlich bleibe die Stadt mit der Deutschen Bahn im Gespräch und werde nach anderen Wegen gesucht.

---

## **7.3 Stand Erweiterung Jüdischer Friedhof**

Herr Lauber, Fachbereichsleiter Ordnung und Sicherheit, informiert über die Anfang November eingegangene Antwort des Innenministeriums. Die Verwaltung habe daraufhin ein neues Verkehrswertgutachten in Auftrag gegeben und rechnet mit der Vorlage dessen im Januar 2024.

---

## **7.4 Parkmöglichkeiten für Stadtverordnete im neuen Quartier Edisonallee**

Herr Jetschmanegg, Dezernent Zentrale Verwaltung, berichtet, dass am Standort Edisonallee 20 Besucherparkplätze und 2 Parkplätze für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung stehen. Die Tram-Haltestelle sei ebenso in der Nähe und der Standort mit den Linien 94 und 99 sowie mit der Buslinie 694 zu erreichen. Auf die Frage von Herrn Dr. Zöllner zu Fahrradstellplätzen antwortet er, dass diese derzeit installiert werden.

---

## **7.5 Termin der Vorlage der gekürzten Fassung der Machbarkeitsstudie zum Klinikum**

Der Oberbürgermeister betont, dass wie in der letzten Sitzung des Hauptausschusses informiert, der gekürzte Bericht im Dezember vorliegen werde.

---

## **7.6 Möglichkeiten und Grenzen, um die Zielsetzung von Bund und Land zu erreichen, Abschiebungen zu forcieren**

Nachdem Herr Finken zur Intention seiner Fragestellung ausgeführt hat, informiert der Oberbürgermeister unter Bezug auf den Presseartikel, dass 40 Personen zur Rückführung angemeldet waren und das Land in der Lage war, eine Person zurückzuführen. Herr Lauber, Fachbereichsleiter Ordnung und Sicherheit, führt zu den Grundsätzlichkeiten aus, woran Abschiebungen scheitern.

---

## 7.7 Verwendung der überschüssigen Mittel in Höhe von 127 Millionen

Herr Exner, Beigeordneter für Finanzen, Investitionen und Controlling, verweist auf den § 77 Abs. 1 BbgKVerf, wonach die Gemeinde Überschüsse der Ergebnisrechnung den Rücklagen zuzuführen hat. Im Weiteren sie die Mittelverwendung formell und materiell geklärt. Nähere Ausführungen werden im Ausschuss für Finanzen nach Vorlage der Jahresabschlüsse 2020/21 gegeben. Nach einer kurzen Diskussion antwortet der Oberbürgermeister auf die Frage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob die Vorlage „Stabilisierungsprogramm“ von der Verwaltung zurückgezogen werde, dass er dafür plädiere, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Vorsitz:

Protokollführung:

---

Mike Schubert

---

Karin Klingner